

Undogmatische 20 Milliarden Euro

Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Lucas Zeise

Es geht auch ohne Abschaffung des Senats. Kaum hatte der fesche italienische Ministerpräsident Matteo Renzi die Abstimmung über seine Verfassungsreform verloren und kaum war er zurückgetreten, nahm sein Nachfolger, ein gewisser Paolo Gentiloni, mit fast identischem Kabinett seine Geschäfte auf. Und setzte durch, dass die Regierung schlappe 20 Milliarden Euro zusätzlich ausgeben darf. Die zweite Parlamentskammer musste dafür nicht weichen, denn sie ist bereit, diese Summe zur Stützung der Banken zu bewilligen. Denn darum geht es bei den 20 Milliarden.

Bedeutender als das römische Parlament sind allerdings ein gewisser Wolfgang Schäuble, Finanzminister in Deutschland, und sein Anhang in allen möglichen Ländern der Eurozone. Deren Regularien zufolge hätte Italien sich keinen Cent mehr an Schulden leisten können. Nach Griechenland ist es der am höchsten verschuldete Teilstaat des Euro-Herrschaftsgebietes. Schäuble und Consorten hatten ja eine Schuldenbremse, mit der in Deutschland so vorbildlich Sozialleistungen und Staatsausgaben für Infrastruktur und Bildung zurückgestutzt werden konnten, auch in die EU-Verträge hineinmanipuliert. Da grenzte es schon an ein Wunder, dass Schäuble so ganz nebenbei die 20 Milliarden genehmigte. Aber er tat es – noch bevor Gentiloni den Antrag stellte und bevor die EU-Kommission, die das Schuldenmanagement der Mitgliedsstaaten formal beaufsichtigen soll, auch nur eine Zwischenbemerkung machen konnte.

Aber Schäuble in seiner Weisheit und Güte hat ja recht. Es geht hier nicht, wie eine Woche zuvor in Griechenland, um unnütze Staatsausgaben für Rentner in Höhe von nur einigen hundert Millionen Euro, damit diese vielleicht den Winter überstehen. Nein, hier muss geklotzt werden. Denn es geht um die italienischen Banken, zuvörderst um Monte dei Paschi di Siena (MPS), deren Liquidität langsam knapp wird. Die früher staatliche Bank wurde Ende der 1990er Jahre privatisiert. Jetzt ist, ganz wie der bei der Deutschen Bank und beim Volkswagen-Konzern, der Herrscher von Katar als Großaktionär mit dabei. Er signalisierte nun, dass von ihm kein zusätzliches Geld zu erwarten sei. Die ebenfalls von Schäuble angestoßenen EU-weiten Regeln zur Bankenrettung, nach denen Aktionäre und Gläubiger bei einer Bankrettung zuschießen müssten, während der Staat erst ganz zum Schluss, wenn gar nichts mehr geht, in der Pflicht ist, konnten aus verständlichen Gründen nicht angewendet werden. Denn das wäre unpopulär. Unter den Gläubigern befinden sich mit Sicherheit viele Banken – italienische oder gar deutsche. Die wären dann ihrerseits gefährdet. Wie das eben so ist bei einer Bankenpleite. Und natürlich konnten im Euro-Raum weder Schäuble noch seine Kollegen Finanzminister, Ministerpräsidenten und Zentralbankchefs ahnen, wie gefährlich so eine Bankenpleite sein kann, als sie die Regeln verabschiedeten und den Steuerzahlern versicherten, dass sie nie wieder zur Bankenrettung herangezogen werden würden.

Jetzt wird alles gut. Dank Schäuble kann den Bedürftigen undogmatisch und unbürokratisch geholfen werden. Nur der lockere Umgang der leichtlebigen Italiener mit dem schönen Geld verursacht Sorgenfalten.

<http://www.jungewelt.de/2016/12-24/045.php>